

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

über die gemeinsame Sitzung des
Sozialausschusses (15. Sitzung)
und des
Wirtschaftsausschusses (13. Sitzung)

am Dienstag, dem 14. Januar 1997, 9:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des federführenden Sozialausschusses

Frauke Walhorn (SPD)	Vorsitzende
Birgit Küstner (SPD)	
Rolf Schroedter (SPD)	
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)	in Vertretung von Wolfgang Baasch
Uwe Eichelberg (CDU)	
Torsten Geerds (CDU)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	in Vertretung von Matthias Böttcher
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)	
Anke Spoorendonk (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)	Vorsitzende
Klaus-Dieter Müller (SPD)	
Helmut Plüschau (SPD)	
Ulrike Rodust (SPD)	
Bernd Schröder (SPD)	
Reinhard Sager (CDU)	
Gero Storjohann (CDU)	in Vertretung von Silke Hars

Fehlende Abgeordnete

Gerhard Poppendiecker (SPD)
Gudrun Hunecke (CDU)
Martin Kayenburg (CDU)
Kläre Vorreiter (CDU)

Weitere Anwesende

Ministerium für Finanzen und Energie:St Wilfried VoigtMR Dr. Hartmut Euler
Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:MR Dr. Swen-Uwe Sachse
RR Uwe Petersen

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Wettbewerbs- und umweltorientierte Reform der EnergiewirtschaftAntrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/343 Umdruck 14/371

Reform der EnergiewirtschaftAntrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. Drucksache 14/369 Umdrucke 14/370, 14/373 hierzu: Protokoll der Anhörung vom 5. Dezember 1996 und Umdruck 14/372

Abg. Walhorn eröffnet die Sitzung um 9.05 Uhr, übernimmt den Vorsitz und stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Sozialausschusses fest.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Wettbewerbs- und umweltorientierte Reform der EnergiewirtschaftAntrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/343 Umdruck 14/371

Reform der EnergiewirtschaftAntrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. Drucksache 14/369 Umdrucke 14/370, 14/373 hierzu: Protokoll der Anhörung vom 5. Dezember 1996 und Umdruck 14/372

Die Abgeordneten Wodarz und Matthiessen bringen den Antrag der Koalitionsfraktionen, Umdruck 14/371, die Abgeordneten Sager und Aschmoneit-Lücke den Antrag der Oppositionsfraktionen, Umdruck 14/370, ein, den Abg. Sager an den zwei folgenden Stellen modifiziert:

- Nr. 4 des Antrages soll lauten: "Der Wettbewerb muß allen Marktbeteiligten (heutigen Energieerzeugern, neuen Kraftwerksbetreibern, Verbrauchern aller Kundengruppen, Eigenerzeugern, Weiterverteilern) gleiche Chancen eröffnen, auf den Markt zuzugreifen und dessen Vorteile zu nutzen. Die Aufhebung von Gebietsmonopolen und der diskriminierungsfreie Netzzugang sind hierfür unabdingbare Voraussetzungen. Stromerzeugung, -transport und -verteilung sind organisatorisch und in der Rechnungslegung voneinander zu trennen, und Dritte müssen das Stromnetz zu gleichen, transparenten Konditionen nutzen dürfen."
- Nr. 5 erhält folgende Fassung: "Der Landtag ist der Auffassung, daß angesichts der noch ausstehenden EU-Richtlinie für einen Gas-Binnenmarkt die Erstreckung der nationalen Energierechtsnovelle in allen Punkten auch auf die leitungsgebundene Gaswirtschaft noch eingehender Prüfung bedarf."

Die Diskussion konzentriert sich auf den Punkt "Konzessionsrecht der Gemeinden" und "**geschlossene Versorgungsgebiete**" (Nr. 4 des Antrages der Oppositionsfraktionen, Punkt e) des Antrages der Koalitionsfraktionen), der strittig bleibt, während die energiepolitischen

Sprecher der Fraktionen nach eigener Aussage in den anderen Punkten zu einer Einigung gekommen sind.

Abg. Aschmoneit-Lücke spricht sich dagegen aus, die Beibehaltung des Konzessionsrechts der Gemeinden und des Schutzes geschlossener Versorgungsgebiete gesetzlich festzuschreiben, weil die Festschreibung eines Monopols der intendierten Liberalisierung des Energiemarktes widerspreche.

Die Abgeordneten Wodarz und Matthiessen hingegen wollen - wie auch Abg. Spoorendonk aus umweltpolitischen Gründen - am Konzessionsrecht der Gemeinden und Gebietsschutz festhalten (Punkt e) ihres neuen Antrages, Umdruck 14/371). Abg. Matthiessen betont, daß man in der Sache Wettbewerb ermöglichen wolle, ohne die großen Energiekonzerne zu begünstigen, und bezeichnet den Single-Buyer-Ansatz vor dem Hintergrund der EU-Richtlinie als "eleganten Weg".

MR Dr. Euler kommt es vor dem Hintergrund des natürlichen Netzmonopols darauf an, die Chancen des Marktzugangs zu optimieren. Die Idee, daß beispielsweise HDW über das bestehende Netz der Stadtwerke Kiel Strom von dritter Seite unter den gleichen Bedingungen wie potentielle andere Nutzer beziehe, sei mit dem Wettbewerbsgedanken kompatibel.

Der Auffassung von Abg. Wodarz, daß damit beim Bezug von Strom grundsätzlich kein Monopol bestehe, widerspricht Abg. Schmitz-Hübsch unter dem Hinweis, daß die privaten Haushalte als Verbraucher dem Monopolisten - zum Beispiel Stadtwerke - ohne Alternative ausgeliefert seien. Nr. e) des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne sie aus ordnungspolitischen Gründen ab.

Auch Abg. Eichelberg lehnt das Festhalten am Konzessionsrecht und Gebietsschutz, mit dem die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Schutzwall um die Stadtwerke bauen und die Quersubventionierung aufrechterhalten wollten, ab, weil dadurch die politische Intention, mehr Wettbewerb einführen zu wollen, konterkariert werde.

Auch Abg. Sager problematisiert das Single-Buyer-Prinzip unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten und setzt sich dafür ein, einen allgemeinen, diskriminierungsfreien Netzzugang zu gewährleisten.

Nach Einschätzung von MR Dr. Euler wird es zum Bau von Parallelleitungen kaum kommen. Es gehe darum, daß eine staatliche Instanz den Netzbetrieb konzessioniere und daß der Marktzugang tatsächlich funktioniere.

Der Antrag von CDU und F.D.P. in der Fassung des Umdrucks 14/370 wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt, der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Fassung des Umdrucks 14/371 mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, schließt die Sitzung um 10.15 Uhr.

gez. Walhorn
Vorsitzende

gez. Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer